

Satzung Handballärzte Deutschland e.V.

§ 1

Der Verein führt den Namen: **Handballärzte Deutschland e.V.**

Er hat seinen Sitz in Berlin und ist im Vereinsregister eingetragen.

§2

- a.) Der Zweck des Vereins besteht in der Sicherstellung und Optimierung der medizinischen Betreuung von Handballspielern/Innen aller Klassen in Deutschland. Dies wird insbesondere verwirklicht durch:
- Fort- und Weiterbildung, unter anderem durch Abhalten von Versammlungen, Vorträgen, Kursen und sonstigen Veranstaltungen.
 - Spezifische Forschung sowie Veröffentlichungen, Austausch und Zusammenfassung von Forschungs- und Therapieergebnissen im nationalen und internationalen Bereich.
 - Vertretung und Abstimmung der Interessen seiner Mitglieder und der medizinischen Belange der von Ihnen betreuten Sportler/Innen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Sport - und Medizinischen Organisationen.
- b.) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Ausscheidende Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.
- c.) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
- d.) Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

§3

- a.) Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern, außerordentlichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.
- b.) Ordentliches Mitglied kann jeder am Handballsport interessierte Arzt/ Ärztin werden.
Nur ordentliche Mitglieder haben ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.
- c.) Als außerordentliche Mitglieder können Studenten der medizinischen Fakultäten, die sich zum Vereinszweck bekennen, aufgenommen werden. Nach Erlangung der Approbation mit Vorlage der Urkunde beim Vorstand geht die außerordentliche Mitgliedschaft in die ordentliche Mitgliedschaft über.

- d.) Nichtärztliche medizinische Betreuer im Handballsport (z.B. Psychologen/ Sportpsychologen, Physiotherapeuten, Sporttherapeuten, Athletiktrainer o.ä.) können ebenfalls außerordentliches Mitglied werden.
- e.) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag. Er ist an den Vorstand über die Geschäftsstelle gerichtet. Ein Anspruch auf eine Aufnahme besteht nicht. Ein Aufnahmeantrag kann ohne Angabe von Gründen vom Vorstand abgelehnt werden.
- f.) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Ein Austritt muss dem Vorstand gegenüber schriftlich oder per E-Mail an die Geschäftsstelle erklärt werden. Dies ist jederzeit mit einer Frist von 4 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres möglich.
- g.) Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 75% der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder Ehrenmitglieder ernennen.

Die Ehrenmitglieder sind ordentliche Vereinsmitglieder.

§4

Die Vereinsorgane sind: Der Vorstand, Die Mitgliederversammlung

§5

Der Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus folgenden Personen:

- Vorsitzender;
- stellvertretender Vorsitzender;
- Schriftführer;
- Schatzmeister.

Bei allen Vorstandsmitgliedern muss es sich um natürliche Personen handeln; sie bilden gleichzeitig den Vorstand im Sinne von § 26 BGB.

Der Verein wird von jeweils zwei Mitgliedern des Vorstands gemeinsam vertreten.

Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt. Mehrere Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins selbständig.

Die Vorstandssitzung beruft der Vorsitzende ein. Eine Vorstandssitzung soll einmal jährlich erfolgen. Hierzu wird vier Wochen vor der Sitzung schriftlich eingeladen und die Tagesordnungspunkte werden bekannt gegeben. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit. Die Mehrheitsbeschlüsse des Vorstandes sind für die vertretungsberechtigten Vorstände bindend.

§6

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Kalenderjahr statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss stattfinden, wenn dies von einem fünftel der Vereinsmitglieder schriftlich, unter Angabe der Gründe und des Zweckes, beim Vorstand beantragt wird. Außerdem kann der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.

Die Einberufung zur Mitgliederversammlung erfolgt mindesten 4 Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich durch den Vorstand. Mit der schriftlichen Einberufung ist gleichzeitig die Tagesordnung bekannt zu geben, in dem die zur Abstimmung gestellten Hauptanträge ihrem wesentlichen Inhalt nach zu bezeichnen sind.

Die Mitgliederversammlung bestimmt über den Vereinsbeitrag, die Entlastung des Vorstandes, über Satzungsänderungen sowie über alle Tagesordnungspunkte. Es werden jeweils für ein Jahr zwei Kassenprüfer gewählt, die der Mitgliederversammlung Bericht erstatten.

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Eine Stimmübertragung ist nicht möglich. Wahlberechtigt und stimmberechtigt sowie wählbar sind alle ordentlichen Vereinsmitglieder, die keinen Beitragsrückstand haben.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Berücksichtigung der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Mitgliederversammlung entscheidet bei Beschlüssen und bei der Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit die Satzung nichts anders bestimmt.

Beschlüsse über die Änderung der Satzung benötigen die Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Über die Mitgliederversammlung ist Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Aufgaben der Mitgliederversammlung Bestimmung:

Wahl, Abberufung, Entlastung des Vorstandes, Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes und Beschlussfassung des Haushaltes

§7

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§8

- a.) Jedes Mitglied ist zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages verpflichtet.
- b.) Neu aufgenommene Mitglieder zahlen mit ihrer Aufnahme den Jahresbeitrag, und zwar auch dann in voller Höhe, wenn das Jahr bereits angebrochen ist.
- c.) Über die Höhe entscheidet die Mitgliederversammlung jeweils durch Beschluss.
- d.) Außerordentliche Mitglieder zahlen einen ermäßigten Beitrag.
- e.) Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen befreit.
- f.) Die Zahlung des Vereinsbeitrages pro Jahr erfolgt einmal pro Kalenderjahr im ersten Quartal bis spätestens 31.03. des laufenden Jahres. Zur Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes ist möglichst eine Einzugsermächtigung zu erteilen.
- g.) Die Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages führt nach zweimaliger Mahnung zum Vereinsausschluss.

§ 9

a.) Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereins Handballärzte Deutschland e.V. werden unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes, neue Fassung, (BDSG) folgende personenbezogene Daten von Verbandsmitgliedern digital gespeichert:

- Anrede
- Titel
- Vorname
- Nachname
- Anschriftsdaten, wie c/o, Straße, PLZ, Ort (privat, beruflich)
- Rufnummern, wie Telefon, Mobilfunk, Telefax (privat, beruflich)
- E-Mail-Adressen (privat, beruflich)
- Geburtsdatum
- Mitgliederstatus
- Eintritt, Austritt und Kündigungsdatum
- Organisatorische und statistische Erfassungen, wie Hauptfachrichtung, Zusatzbezeichnung, praktische Tätigkeit, Approbation und Kassenzulassung
- Daten zum Zahlungsverkehr, wie Bankverbindung
- SEPA-Lastschriftmandate.

b.) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen.

Diese Pflicht besteht auch nach dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Verein fort.

c.) Zur Wahrnehmung satzungsgemäßer Mitgliederrechte kann bei Verlangen der Vorstand gegen die schriftliche Versicherung, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, Mitgliedern bei Darlegung eines berechtigten Interesses Einsicht in das Mitgliederverzeichnis gewähren.

d.) Im Zusammenhang mit seinem Vereinsbetrieb sowie sonstigen satzungsgemäßen Veranstaltungen veröffentlicht der Verein personenbezogene Daten und Fotos seiner Mitglieder auf seiner Homepage und übermittelt Daten und Fotos zur Veröffentlichung an Print- und Telemedien sowie elektronische Medien.

e.) Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder der Verarbeitung (Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Anpassen, Verändern, Auslesen, Abfragen, Verwenden, Offenlegen, Übermitteln, Verbreiten, Abgleichen, Verknüpfen, Einschränken, Löschen, Vernichten) ihrer personenbezogenen Daten in dem vorgenannten Ausmaß und Umfang zu.

Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein – abgesehen von einer ausdrücklichen Einwilligung – nur erlaubt, sofern er aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung, der Erfüllung eines Vertrages oder zur Wahrung berechtigter Interessen, sofern nicht die Interessen der betroffenen Personen überwiegen, hierzu verpflichtet ist. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft.

f.) Jedes Mitglied hat im Rahmen der rechtlichen Vorschriften, insbesondere der DSGVO und des BDSG, das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänger und den Zweck der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung, Einschränkung, Widerspruch und Übertragbarkeit seiner Daten.

g.) Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden personenbezogene Daten gelöscht, sobald ihre Kenntnis nicht mehr erforderlich ist, aber spätestens nach zwei Jahren. Daten, die einer gesetzlichen oder satzungsmäßigen Aufbewahrungspflicht unterliegen, werden für die weitere Verwendung gesperrt und nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht entsprechend Satz 1 gelöscht.

h.) Die vereins- und personenbezogenen Daten werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor dem Zugriff Dritter geschützt.

§ 10

Die Auflösung des Vereines kann nur in einer eigens zu diesem Zweck und mit einer vierwöchigen Frist einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. In dieser Versammlung müssen 4/5 der Mitglieder anwesend sein. Zur Beschlussfassung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegeben gültigen Stimmen nötig. Kommt eine Beschlussfassung nicht zustande, so ist innerhalb von 14 Tagen eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig ist. Darauf ist bei der Einberufung hinzuweisen.

In der gleichen Versammlung haben die Mitglieder die Liquidatoren zu bestimmen, die dann die laufenden Geschäfte abwickeln und das vorhandene Vereinsinventar in Geld umzusetzen haben.

Das Vermögen des Vereins ist bei Auflösung oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke nach Begleichung aller Verbindlichkeiten und Kosten dem "Joachim-Deckarm-Fond bei der Stiftung Deutsche Sporthilfe" zuzuwenden.

24.01.2020

Dr. Jürgen Bentzin
Schatzmeister

Dr. René Toussaint
Schriftführer